

Ohne Rückbesinnung ist Deutschland verloren

Der 3. Oktober – Von den preußischen Tugenden und dem Problem der »inneren Einheit«

von General a.D. Günter Kießling*

Längst erscheint den meisten Deutschen die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes, die uns mehr durch die Gnade Gottes als durch umsichtige Politik zuteilwurde, als selbstverständlich. Lediglich mit der „inneren Einheit“ haben wir Probleme. Unser Denken und Handeln in der Politik dreht sich ums Materielle. Kaum einer wagt, an die biblische Botschaft zu erinnern, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von einem jeglichen Wort Gottes. Solche Sprache mag in unserer säkularisierten Welt kaum noch verstanden werden. Deshalb sei versucht, dieses christliche Gebot hier ins Weltliche zu übersetzen: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von der Integration in die Gemeinschaft!

Aber die Deutschen wollen kein „Volk“ mehr sein, keine Gemeinschaft, sondern lieber „Gesellschaft“. Obwohl sie in Festtagsreden ihr Grundgesetz preisen, das sich auf das „deutsche Volk“ bezieht, von der Gesellschaft ist da nicht die Rede! Die „innere Einheit“ werden wir nur erreichen, wenn wir uns wieder auf Ziele „jenseits von Angebot und Nachfrage“ orientieren, auf das Gemeinwesen. Das erfordert Besinnung auf die preußischen Tugenden.

Dem steht entgegen, dass allein schon das Wort Preußen in dieser, unserer „Gesellschaft“ zumindest Skepsis bewirkt, wenn nicht gar auf Ablehnung stößt. Warum nur? War doch nach Überwindung der größten Not, die 1945 über uns hereinbrach, eine Sehnsucht nach der „guten, alten Zeit“ unverkennbar. Am deutlichsten kam die in einer weit verbreiteten Berlin-Nostalgie zum Ausdruck. Aber was Preußen betrifft, so blieben auch zaghafte Versuche – wie die Preußen-Ausstellung von 1981, die Rückkehr der Särge mit den preußischen Königen nach Potsdam 1991, die Würdigungen zum 300. Jahrestag der Königskrönung 2001 – ohne tiefen Resonanz. Nichts änderte sich an der weit verbreitenden Ächtung Preußens.

Geradezu als tragisch muss man bewerten, dass 1989/1990, in diesen Sternstunden der deutschen Geschichte nach der totalen Niederlage von 1945, kaum ein Gedanke aufkam, den Namen Preußens bei der Benennung der neuen Länder in das Erbe der Bundesrepublik hinüberzutragen. Diese ausgeprägte Abkehr der breiten deutschen Öffentlichkeit von allem, was mit Preußen zu tun hat, lässt sich – grob vereinfacht – auf zwei Ursachen zurückführen. Zum einen ist da die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit herrührende offizielle Verteufelung Preußens durch die vier Hauptsiegermächte, die schließlich in dem Kontrollratsgesetz Nr. 27 vom 25. Februar 1947 gipfelte, mit dem die Auflösung des preußischen Staates verfügt wurde. Und die schließlich fast zur heute vorherrschenden Political Correctness gehört.

Zum anderen jedoch – und das wird wenig bedacht – sind es ausgerechnet die preußischen Tugenden, die zwar gelegentlich noch in Sonntagsreden erwähnt werden, aber eigentlich genau für das stehen, was diese westdeutsche Gesellschaft nicht sein wollte – und nach der Wiedervereinigung auch die neu gesamtdeutsche Gesellschaft nicht sein will. Schon sind sich die meisten gar nicht mehr bewußt, was es mit preußischen Tugenden auf sich hat, es interessiert auch kaum. Da geht es um: Bescheidenheit, Demut, Dienstbereitschaft, Disziplin, Gemeinsinn, Genauigkeit, Kameradschaft, Opferbereitschaft, Ordnung, Pflichtbewusstsein, Rechtsstaatlichkeit, Sparsamkeit, Toleranz, vor allem aber Gottesfurcht. Mit diesen Tugenden ist Preußen groß geworden. Sie sind Inbegriff einer Staatsidee, gegen alle Widrigkeiten aus eigener Kraft, durch gemeinsame Anstrengung und Opferbereitschaft dieses neu gegründete Königreich zum Erfolg zu bringen.

Aber gerade einen solchen Staat wollte man ja nach 1945 nicht mehr – weder die Siegermächte noch die sich neu formierende westdeutsche Gesellschaft. Dennoch, man benötigte fleißige, die Trümmer beseitigende, die Wirtschaft aufbauende Deutsche, gar ein Wirtschaftswunder. Aber man wollte partout keine deutsche Nation, keine Gemeinschaft, schon gar nicht eine solche, die etwa nur Gott fürchtete. Nein, sie sollte sich eher vor sich selbst fürchten. Dazu wurde den Deutschen permanent vorgehalten, was alles – so wörtlich – „im deutschen Namen“ geschah. Die neu formierte deutsche Gesellschaft sollte fett und impotent sein, eine wahre Wohlstands- und Freizeitgesellschaft. Das wurde sie dann auch. Und diese Gesellschaft hatte völlig verdrängt, dass auch ihr der einzigartige Wiederaufbau und damit auch der Weg zu jenem neuen Wohlstand im Wesentlichen mit Hilfe der verpönten preußischen Tugenden gelang.

Aber die Segnungen des Wirtschaftswunders wurden den Deutschen schließlich zum Verhängnis. Sind sie doch dem Tanz um das goldene Kalb erlegen. Was für ein Kontrast zu einer preußischen Staatsgesinnung, die Walter Flex – sicher überpointiert – mit den Worten beschrieb: Wer auf die preußische Fahne schwört, der hat nichts mehr, was ihm selber gehört! Man könnte sagen, lediglich die Bundeswehr hat an Preußen angeknüpft. Bewusst hatte die damals verantwortliche politische Führung den 12. November 1955, den 200. Geburtstag des Generals von Scharnhorst, jenes berühmten preußischen Heeresreformers, zum Gründungstag der neuen deutschen Streitmacht gewählt. Dass Scharnhorst von seiner Herkunft gar kein Preuße war, sondern Hannoveraner – wie Gneisenau Sachse – steht überdies für die Toleranz dieses preußischen Staatswesens, aber auch für die Anziehungskraft, die es auf solche fortschrittlich orientierten Persönlichkeiten ausübte. Geblieben ist in der heutigen Bundeswehr eigentlich nur das Bekenntnis zur Erhebung am 20. Juli 1944, die im Wesentlichen von Offizieren getragen wurde, die sich den preußischen Tugenden verpflichtet fühlten.

Nicht allein deshalb richtet sich zunehmend Kritik auch an deren Würdigung. Schließlich beinhalten die preußischen Tugenden das Gegenteil von dem Verständnis einer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft, zu der sich die Bundesrepublik nach dem Wirtschaftswunder entwickelt hat. Die Abkehr von jeglicher Bindung an die Gemeinschaft hin zu einer hedonistischen Lebensweise fand ihren wohl krassesten Ausdruck in jenem Karnevalsschlager, der in dem Bekenntnis gipfelte: „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien.“ Man will Spaß und Freude haben, das Leben genießen, von der Vergangenheit nichts wissen – und von der Zukunft allenfalls, soweit man selbst davon betroffen ist, so durch die Sorge für die eigenen Kinder – so man denn überhaupt Kinder in die Welt setzt.

Am stärksten ausgeprägt ist die Abkehr von allem, was mit Militär zu tun hat. Wenn man sich schon den Herausforderungen der äußeren Sicherheit gar nicht entziehen kann, dann am liebsten durch einen finanziellen „Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung“, deren Organisation so genannten „Schutzmächten“ überantwortet werden soll. In unserer „Zivilgesellschaft“ ist kein Platz für das Vaterland, schon gar nicht für Vaterlandsliebe. Sollten Staatsräson oder das Protokoll mitunter derartige Bekenntnisse unerlässlich machen, dann klingt es gefälliger von „Patriotismus“ zu sprechen, der aber sogleich auf „Verfassungspatriotismus“ beschränkt. Allenfalls in der Euphorie sportlicher Veranstaltungen ist man mitunter sogar ein wenig stolz, Deutscher zu sein, wenn auch die Akteure beim Singen des Deutschlandliedes zumeist ihre Lippen nicht auseinander bekommen. Wenn dann gar der neue Bundespräsident bekundet, er liebe dieses Land, so bewirkt das mehr Erschrecken als Bewunderung. Hat man sich doch inzwischen daran orientiert, was einer seiner Vorgänger beim Amtsantritt im Deutschen Bundestag von sich gab: Er liebe nicht diesen Staat, sondern seine Frau.

Mag dies genügen, um unsere bundesdeutsche „Gesellschaft“ zu skizzieren, die kein Volk mehr sein will. Und von einer derartigen Gesellschaft wird nun plötzlich „Gemeinsinn“ eingefordert, materielle Einschränkungen zu akzeptieren, um die drohende Gefahr eines weiteren

wirtschaftlichen Niedergangs abzuwehren. Da erinnert man sich mitunter gar der preußischen Tugenden. Die seit den 60er Jahren immer deutlicher werdende Abkehr von ihnen wurde am deutlichsten, als man sie als „Sekundärtugenden“ verhönte und kritisierte.

Wenn wir auch immer noch dazu neigen, unsere derzeit verheerende Lage zu beschönigen, wir müssen zur Einsicht kommen, dass wir eine „Notgemeinschaft“ geworden sind. Das könnte hilfreich sein. Denn in der Not, da stehen die Deutschen noch am ehesten zusammen. Da könnten sie zur Besinnung kommen. Kaum jemand bestreitet die Notwendigkeit von Reformen. Diese zu definieren und umzusetzen, das setzt zunächst einmal Besinnung voraus.

Wir müssen erkennen, dass wir unser Dilemma nicht mit irgendwelchen Reförmchen meistern können, sondern nur mit einer grundlegenden Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Dabei geht es um mehr als nur um Rettung des materiellen Wohlstands, es geht um geistige Führung. Aber wohin soll sie uns führen? Da gilt es zu erinnern, dass die Begründer dieses zunächst so erfolgreichen Weges zur sozialen Marktwirtschaft sehr wohl weiter gedacht haben als nur an die Steigerung des Bruttonsozialprodukts. Dafür steht der Titel, den Wilhelm Röpke, einer der Gründungsväter, seinem Alterswerk gab: „Jenseits von Angebot und Nachfrage“. Röpke selbst hat bekannt, für ihn sei dies der christliche Glaube. Das erinnert an Bismarcks berühmten Ausspruch vor dem Reichstag: Wir Deutsche fürchten Gott – und sonst nichts auf der Welt.

Ist somit hoffentlich deutlich geworden, dass es sich hier um ein Problem geistiger Führung handelt, so gilt es sich bewusst zu machen, wie sehr wir Opfer einer unseligen Semantik geworden sind, die nach 1945 viele Begriffe negativ belegt, wenn nicht gar verteufelt hat. Dazu gehören: Volk und Nation, Führung von Eliten, Erziehung und Gemeinschaft. Auf diese Weise hat sich ein irriges Verhältnis von Demokratie durchgesetzt, das allein von dem Prinzip der Gleichheit dominiert wird. Aber es geht gleichermaßen um Freiheit. Beide miteinander in Einklang zu bringen, erfordert Führung. Daraus folgt: Führung ist auch in der Demokratie unverzichtbar.

Diejenigen, die zur Führung berufen sind, bedürfen der Auswahl und der Ausbildung. Dabei gilt es, sich wieder auf die preußischen Tugenden zu besinnen. An ihnen lässt sich eine nationale Elite ausmachen. Auch dieser Begriff wurde mit unserem Umsturz nach 1945 verdammt – und damit auch das Problem der Elitebildung. Geistige Führung ist nicht möglich ohne Eliten. Das Problem der Elitebildung setzt Besinnung darauf voraus, dass Eliten sich nicht im Können erschöpfen, sondern in ihrem Bezug auf das Ganze. Dieses Ganze ist immer noch die Nation. Deshalb sei abschließend folgende Definition gewagt:

(Nationale) Eliten sind eine herausgehobene Minderheit stets bezogen auf ein übergeordnetes Ganzes, zielbewusst ausgewählt und ausgebildet, um sodann durch persönliche Inpflichtnahme kraft Amtes und/oder persönlicher Autorität auf die geistige Grundhaltung des Ganzen Einfluss zu nehmen. Das sollen sie bewirken durch Vorbild in Können und Haltung, in Pflichterfüllung und Lebensführung.



Foto: General a.D. Günter Kießling während einer Feierstunde des Bismarckbundes in Friedrichsruh am Tag der Deutschen Einheit 2004. Von links nach rechts: S.D. Fürst Ferdinand von Bismarck, Uwe Greve, Vorsitzender des Bismarckbundes (am Mikrofon), General a.D. Kießling, I.D. Fürstin Elisabeth von Bismarck. (Privat)

*) General a.D. Günter Kießling (1925-2009), diente bis zu seiner Entlassung nach einer perfiden politischen Intrige gegen ihn als Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte und Stellvertreter des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa. Rede gehalten am 3.10.2004 in Friedrichsruh/Aumühle.